



Gesetzliche Regelungen zu Baumfällungen und Schnittmaßnahmen an Gehölzen außerhalb des Waldes

Im besiedelten Bereich und freier Natur	<p>Bundesweit gilt:</p> <p>Zeitlich befristetes Beseitigungsverbot gemäß § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG:</p> <p><i>In der Zeit vom 1. März bis 30. September ist es verboten, Bäume, die außerhalb gärtnerisch genutzter Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze abzuschneiden oder auf den Stock zu setzen.</i></p> <p>(im Freistaat Bayern gelten Grünflächen, Parkanlagen, Friedhöfe, Sportplätze und sonstige Außenanlagen, Straßenbäume und Alleen, sowie Bäume in der freien Landschaft nicht als gärtnerisch genutzte Grundflächen)</p>	<p>Dieses Verbot gilt nicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Bäume in Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen (im Bundesland Bayern werden Flächen im Erwerbsgartenbau, Hausgärten, Kleingartenanlagen und Streuobstwiesen als gärtnerisch genutzte Grundflächen definiert) - für schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses und zur Gesunderhaltung von Bäumen (z. B. üblicher Heckenschnitt, Entfernung von Totholz oder beschädigten Ästen, sog. Sommerschnitt von Obstbäumen) - für Maßnahmen, die behördlich angeordnet sind - für Maßnahmen, die im öffentlichen Interesse nicht auf andere Weise oder zu anderer Zeit durchgeführt werden können, wenn sie <ul style="list-style-type: none"> - behördlich durchgeführt werden - behördlich zugelassen sind, oder - der Gewährleistung der Verkehrssicherheit dienen - wenn bei zulässigen Bauvorhaben nur geringfügiger Gehölzbewuchs zur Verwirklichung der Baumaßnahme beseitigt wird - für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft <p>Befreiungen von diesem Verbot sind gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG möglich und können bei der unteren Naturschutzbehörde beantragt werden, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ein überwiegendes öffentliches Interesse vorliegt, oder - das Verbot zu unzumutbarer Belastung im Einzelfall führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist
	In der freien Natur	<p>Im Freistaat Bayern gilt darüber hinaus:</p> <p>Ganzjähriges Beseitigungsverbot gemäß Art. 16 BayNatSchG:</p> <p><i>Es ist verboten, in der freien Natur Hecken, lebende Zäune, Feldgehölze oder -gebüsche einschließlich Ufergehölze oder -gebüsche zu roden, abzuschneiden, zu fällen oder auf sonstige Weise erheblich zu beeinträchtigen.</i></p>
<p>Im Landkreis Miesbach gelten darüber hinaus folgende</p> <p>Landschaftsschutzgebietsverordnungen gemäß § 26 BNatSchG:</p> <p>LSG Egartenlandschaft um Miesbach, LSG Tegernsee und Umgebung, LSG Schliersee und Umgebung, LSG Spitzingsee und Umgebung, LSG Seehamer See mit Wattersdorfer Moor, LSG Weissachtal, LSG Unteres Leitzachtal LSG Oberstes Leitzachtal, LSG Sutzen und Umgebung, LSG Rotwand</p>		

Im besiedelten Bereich und freier Natur	<p>Bundesweit gilt:</p> <p><u>Vor</u> jeglichen Baumfällungen und Schnittmaßnahmen an Gehölzen muss darüber hinaus eine Überprüfung vorgenommen werden, ob artenschutzrechtliche Verbotstatbestände berührt werden können. Hierzu sind die Gehölze insbesondere auf artenschutzrechtlich relevante Lebensraumstrukturen, z.B. Baumhöhlen und -spalten und starkes Totholz zu untersuchen, denn:</p> <p>Ganzjährig gelten die Vorschriften des besonderen Artenschutzes gemäß §§ 44, 45 BNatSchG:</p> <p><i>Es ist verboten, wild lebenden Tieren der <u>besonders</u> geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen (z.B. Larven, Eier) aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Zudem ist es untersagt ihre Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören (z.B. Nester, bewohnte Höhlen in Bäumen).</i></p> <p><i>Es ist verboten, wild lebende Tiere <u>streng</u> geschützter Arten und der europäischen Vogelarten darüber hinaus während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.</i></p> <p>Besonders geschützte Arten sind z.B.: fast alle heimischen Säugetiere (z.B. Eichhörnchen, Siebenschläfer), alle europäischen Vogelarten, einige Insektenarten (z.B. Hornissen und viele Wespenarten, Prachtkäfer, Rosenkäfer), eine Reihe von Amphibien und Reptilien.</p> <p>Streng geschützte Arten, die einem weitergehenden Schutz unterliegen (zusätzliches Störungsverbot) sind unter den Säugetieren u.a. Haselmaus und alle Fledermausarten, unter den europäischen Vogelarten u.a. Grünspecht, Waldohreule und Neuntöter, unter den Insektenarten u.a. Eremit und Alpenbock sowie bei den Amphibien z.B. der Laubfrosch.</p> <p>Der Schutzstatus einer Art kann im Internet unter www.wisia.de eingesehen werden.</p>	<p>Ausnahmen von diesem Verbot sind gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG möglich und können bei der höheren Naturschutzbehörde (Regierung von Oberbayern) beantragt werden, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> - zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen nicht verschlechtert, insbesondere - im Interesse der Gesundheit des Menschen - im Interesse der öffentlichen Sicherheit - zur Abwendung wirtschaftlicher Schäden <p>Befreiungen von diesem Verbot sind gemäß § 67 Abs. 2 BNatSchG möglich und können bei der höheren Naturschutzbehörde (Regierung von Oberbayern) beantragt werden, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Verbote zu einer unzumutbaren Belastung des Betroffenen führen.
Im besiedelten Bereich	<p>Im Landkreis Miesbach gelten darüber hinaus folgende Satzungen:</p> <p>Baumschutzsatzungen gemäß § 29 BNatSchG und Art. 51 Abs. 1 Nr. 5 BayNatSchG</p> <p>In den Gemeinden Otterfing, Rottach-Egern, Bayrischzell und der Stadt Miesbach gilt für Fäll- oder Schnittmaßnahmen an Bäumen die jeweilige Baumschutzverordnung.</p> <p>Gestaltungssatzungen gemäß Art. 81 BayBO</p> <p>Zahlreiche kommunale Gestaltungssatzungen beinhalten Regelungen zum Schutz straßen- und ortsbildprägenden Baumbestandes.</p> <p>Bebauungspläne gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB</p> <p>Kommunale Bebauungspläne beinhalten in der Regel grünordnerische Festsetzungen zum Baumerhalt und zu einer fachgerechten Gehölzpflege.</p>	<p>Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen von den Schutz- bzw. Erhaltungsbestimmungen der genannten kommunalen Satzungen können bei der jeweiligen Gemeindeverwaltung erfragt werden.</p>
<p>Die Verbote gelten nicht bei rechtfertigendem Notstand nach § 34 StGB (Gefahr im Verzug)</p> <p>Bei der Feststellung einer gegenwärtigen Gefahr (z.B. einer akuten Bruchgefahr eines Baumes), die nur durch unverzügliches Handeln abzuwenden ist, gelten oben genannte Verbote nicht. Der Eingriff muss sich jedoch auf angemessene und zur Gefahrenabwehr unbedingt erforderliche Maßnahmen beschränken. Ist z.B. eine Absperrung des Gefahrenraumes möglich, ist dies als Maßnahme zur Gefahrenabwehr zunächst ausreichend.</p>		